

Haushaltsreden

der Fraktionen und des Einzelvertreters

Haushaltsrede der SPD-Fraktionsvorsitzenden Nadine Leonhardt zu den Haushaltberatungen 2015- Es gilt das gesprochene Wort

Freigabe: 16. 12. 2014 (16.00 Uhr)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

die Lage der Kommunen in der Städteregion Aachen ist nach wie vor dramatisch: Von den zehn Kommunen der Städteregion befinden sich sieben in Haushaltssicherungskonzepten oder sind Stärkungspaktkommunen.

Wir beraten und beschließen heute den im koordinierenden Haupt- und Finanzausschuss beratenen und veränderten Haushalt 2015 in der fünften Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes. Für uns als SPD Fraktion hat der Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2016 Priorität. Die Zahlen – 16. Mio. Euro Defizit 2015 und 300.000 Euro plus in 2016 – zeigen, dass vor uns noch große Kraftanstrengungen liegen. Kraftanstrengungen wie die Einsparungen bei den Sach- und Dienstleistungen sowie die Einstellungs- und Wiederbesetzungssperren im Bereich der Verwaltung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Einsparpotentiale sind ausgeschöpft - die finanzielle Lage der Stadt lässt kaum Spielraum - in vielen Kommunen werden die Steuern angehoben und Eschweiler ist keine Ausnahme.

Die Soziallasten steigen rasant. Der gesamte Bereich der Soziallasten ist in einer Höhe von 10 Milliarden Euro unterfinanziert. Die Kommunen und die Länder übernehmen an dieser Stelle die finanzielle Verantwortung für Aufgaben, die Bundessache sind! In keinem anderen Land in Europa entzieht sich die Bundesebene so sehr der Verantwortung für die Soziallasten wie in Deutschland.

So glänzend die „Schwarze Null“ scheint – für die Kommunen vor Ort bedeutet sie zusätzliche Belastungen. Lassen Sie mich an dieser Stelle ein aktuelles Beispiel nennen: Die Schulsozialarbeit!

Da werden zuerst Mittel des Bundes aus dem Bildungs- und Teilhabepakt für Stellen zur Verfügung gestellt. Dann zieht sich der Bund aus der Finanzierung zurück und überlässt alles den Kommunen! Eine unhaltbare Situation für viele Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie natürlich auch für die betroffenen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter!

Hätte das Land NRW in dieser Sache nicht die **Verantwortung** übernommen und eine gemeinsame Finanzierungsmöglichkeit von Land und Kommune geschaffen, dann wäre auch in Eschweiler die Schulsozialarbeit an den Grundschulen nicht mehr zu finanzieren gewesen. Das Land übernimmt allein hier in Eschweiler 50 % der Finanzierung.

An dieser Stelle gilt unser Dank auch unserem Landtagsabgeordneten Stefan Kämmerling, der mit seinem großen Engagement und Einsatz die Schulsozialarbeit in Eschweiler weiter möglich gemacht hat.

Dennoch bleibt die Erkenntnis: Die Stadt Eschweiler trägt nun hier – wie in so vielen anderen Bereichen – eine zusätzliche, jährliche Belastung. Das Beispiel Schulsozialarbeit zeigt also ganz deutlich: Die „schwarze Null“ des Bundes ist ein Taschenspielertrick, der die Menschen vor Ort belastet!

Sehr geehrte Damen und Herren

Als SPD-Fraktion beschränken wir uns nicht darauf, die aktuelle Situation einfach hinzunehmen. Wir übernehmen **Verantwortung**. Auch bei schwierigen und unpopuläre Entscheidungen.

Wir haben uns die Zustimmung zur Anhebung der Gebührensätze für die Grundsteuer A, die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer nicht leicht gemacht.

Nach intensiven Diskussionen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass diese zusätzlichen Einnahmen unumgänglich sind. Denn: Wozu dienen diese Einnahmen? Wir brauchen sie, um einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2016 zu erreichen.

Wir haben uns gefragt: Was wäre die Alternative?

Ich möchte an dieser Stelle aber nicht über Statistiken und Zahlen sprechen, sondern ganz konkret werden: Was würde ein nicht ausgeglichener Haushalt am Ende des HSK-Zeitraums für die Menschen in der Stadt Eschweiler bedeuten?

In Gefahr wären dann zahlreiche Einrichtungen mit ihren vielfältigen Angeboten für unsere Bürgerinnen und Bürger. Einrichtungen, die heute ganz selbstverständlich zu unserer Stadt mit gehören. Ich spreche hier von unseren Schwimmbädern, von der Stadtbibliothek, der Volkshochschule und der Musikschule. Alle Zuschüsse für Vereine wie Sportvereine und Kunstvereine wären wie alle anderen freiwilligen Leistungen auf der Streichliste der Kommunalaufsicht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

während und nach den Beratungen des koordinierenden Haupt- und Finanzausschusses wurde mir berichtet, wie lang die Beratungen in früheren Jahren gewesen sind und wie wenig Spielraum und Diskussion es dagegen heute gäbe.

Ich sage Ihnen: Selbst diese Diskussionen werden wir uns im Falle eines Nothaushaltes „sparen“ können, weil es dann einfach nichts mehr zu entscheiden gibt! Das ist die Situation, vor der wir stehen! Wir können uns dann Diskussionen um pauschale Zuschüsse an Vereine sparen, weil dies dann nicht mehr hier entschieden wird!

Es ist ein gutes Recht der Opposition, dem Haushalt nicht zuzustimmen. Aber dieses Recht ist aber nur eine Seite der Medaille. Es gehört auch dazu, Alternativen aufzuzeigen! Dafür benötigen Sie keine Sparkommission hinter verschlossenen Türen – Sie können ihre Vorschläge direkt einbringen! Seien Sie dann aber auch so ehrlich, und teilen Sie den Bürgerinnen und Bürger mit, welche Konsequenzen dies ganz direkt für sie hat!

Wir wollen Eschweiler als lebens- und liebeswerte Stadt erhalten und fordern Sie auf, dieser **Verantwortung** ebenfalls nachzukommen! Im Angesicht der momentanen Haushaltslage der Kommunen noch Scheindebatten zu führen, zeigt doch, dass Sie die Situation nicht einschätzen können oder wollen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Verantwortung für Eschweiler zu übernehmen bedeutet für uns als SPD-Fraktion, auch in finanziell schwierigen Zeiten Prioritäten zu setzen: Wir wollen weiter in Sportstätten wie unsere Bäder und Sporthallen und -plätze investieren.

Wir wollen Bürgerinnen und Bürgern, vor allem auch Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Bildung weiter ermöglichen, indem wir die Bücherei, die Volkshochschule und die Musikschule erhalten.

Wir möchten ein lebendiges Vereinsleben erhalten und fördern und auch weiterhin mit Zuschüssen unterstützen.

Diese Maßnahmen sind kein Selbstzweck! Das soziale Leben in einer Stadt mit seinen Einrichtungen, seinen Vereinen und auch – und hier in Eschweiler ganz besonders – dem Karneval - ist prägend für die gesamte Stadt! Eine „Willkommenskultur“ wie - zu Recht – für die bald nach Eschweiler kommenden minderjährigen Flüchtlinge setzt eine intakte soziale Struktur voraus!

Die SPD-Fraktion investiert weiter in Schulen: Wir treiben das auf mehrere Jahre angelegte Programm zur Sanierung der Gesamtschule weiter voran und investieren in diesem Jahr in die naturwissenschaftlichen Räume an der Waldschule und am Städtischen Gymnasium.

Wir modernisieren mit dem Medienentwicklungsplan die Grundschulen und bringen diese ans Netz.

Wir kooperieren mit freien Trägern für den Bau neuer Kindergärten wie am Ringofengelände und treiben damit den U3 und Ü3-Ausbau weiter voran.

Warum tun wir das? Um allen Kindern hier in Eschweiler gute Bildungschancen zu ermöglichen und um ein Umfeld aufzubauen, in dem Familien und Menschen gerne leben!

Das ist der Grund, warum wir die langfristigen finanziellen Grundlagen für die Arbeit der Tagesmütter und –väter in Eschweiler schaffen.

Und das ist der Grund, warum wir den Offenen Ganzttag – ein Kind der Sozialdemokratie weiter fördern und finanziell sichern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch 2015 werden wir als SPD-Fraktion **Verantwortung** für Eschweiler wahrnehmen. Wir werden Themen wie die Umgestaltung des ehemaligen Prysmian- Geländes, die Umgestaltung der nördlichen Innenstadt, die Entwicklung des Interkommunalen Gewerbegebietes „Am Grachtweg“ sowie die zukünftige Entwicklung des Blausteinsees anpacken und weiter begleiten. Wir investieren auch 2015 weiter in die Kanal- und Straßenerneuerung. Und wir müssen und werden uns auch mit dem Strukturwandel, in dem sich Eschweiler bereits befindet, weiter auseinandersetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen meiner Rede muss ich auch noch auf das Thema der Städteregionsumlage zu sprechen kommen: Diese Umlage steigt in jedem Jahr – dies ist auch in den Planungen für die Haushalte der jeweiligen Jahre einberechnet. Dass die Umlage darüber hinaus steigt und steigt, ist für die Kommunen nicht tragbar!

Allein Eschweiler zahlt 2015 über 11% mehr durch die Erhöhung der allgemeinen Umlage und die ÖPNV-Umlage. Eine Mehrbelastung von 3,6 Millionen Euro allein für 2015!

Ein Sturm der Entrüstung ist durch die Städteregion gezogen. Bis auf eine Kommune haben alle Städte und Gemeinden das Benehmen verweigert. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Räte haben hier – unabhängig vom Parteibuch - die **Verantwortung** für ihre Städte wahrgenommen.

Ich zitiere an dieser Stelle aus der entsprechenden Stellungnahme der Stadt Monschau – eine Stadt, die kommunalpolitisch bisher nicht als Hochburg der Sozialdemokratie galt - : Die „Festsetzung der Umlagesätze überstrapaziert die Monschauer Bürger- und Abgabepflichten. Sie macht die bisherigen...Bemühungen der Stadt Monschau um eine Haushaltsanierung zunichte.“

Der Hilferuf aller Kommunen ist vom Städteregionrat und von CDU und Grünen nicht gehört worden. Das, was am letzten Donnerstag gegen die Stimmen der SPD im Städteregionstag verabschiedet wurde, reicht einfach nicht aus. Die geringe Reduzierung bei der Allgemeinen Umlage der Städteregion um 330.00 Euro wird durch die die Erhöhung der ÖPNV-Umlage um 365.00 Euro bereits wieder aufgeessen. Unter dem Strich muss Eschweiler noch dem Beschluss sogar noch mehr Mittel bereitstellen! Das ist das Ergebnis der „Sparpolitik“ der Städteregion.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Städteregion muss bei sich die Maßstäbe anzulegen, die sie seit Jahren von den Kommunen einfordert. Freiwillige Ausgaben müssen beschränkt und mögliche Umlagen der Verbände -wie die des Landschaftsverbandes - dürfen nicht nach unten durchgereicht werden.

Alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Stadt- und Gemeinderäte fordern dies in seltener Einigkeit!

Die CDU-Fraktion hier in Eschweiler fordert dies allerdings nicht. Sie ist ganz offensichtlich der Auffassung, dass der Rat der Stadt Eschweiler lediglich ein Befehlsempfänger der Städteregion ist!

Klar ist: Hätten Sie als CDU-Fraktion hier mit uns für die Verringerung der Umlage gekämpft, dann müssten wir uns heute vielleicht nicht mit den Anhebungen der Steuersätze auseinandersetzen! Das ist die bittere Wahrheit, der sie sich stellen müssen, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion!

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein persönliches Wort an den Fraktionsvorsitzenden der CDU richten: Sie sind sowohl Mitglied im Fraktionsvorstand der CDU-Fraktion im Städteregionstag als auch als Mitglied im Fraktionsvorstand der CDU-Fraktion des Landschaftsverband Rheinland. Wir fordern Sie auf, von Ihrem bisherigen Verhalten Abstand zu nehmen und sich in diesen Gremien für Eschweiler einzusetzen. Verhindern Sie die Weitergabe der Erhöhung des LVR an Eschweiler und übernehmen Sie Verantwortung!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sparen 2015 und werden auch in Zukunft sparen müssen. Wir gehen als SPD- Fraktion auch weiter den Weg der Haushaltskonsolidierung.

Wir werden aber auch keine kurzfristige Konsolidierung der Finanzen auf Kosten der Zukunftsfähigkeit Eschweilers betreiben!

Es hilft nichts, wenn wir kurzfristig Haushaltsverbesserungen erzielen und unsere Stadt dabei „Kaputtsparen“!

Uns ist bewusst: Der Grat auf dem wir uns bewegen, ist schmal, aber er ist gangbar.

Ich fordere Sie auf: Ducken Sie sich nicht weiter weg! Tragen Sie hier und heute die **Verantwortung** für die Stadt Eschweiler mit. Sichern Sie mit uns die Zukunft unserer Stadt und stimmen Sie dem Haushaltsentwurf zu.

Am Ende meiner Rede möchte ich mich noch bei Ihnen, Herrn Bürgermeister Bertram, dem ersten Beigeordneten Herman Gödde und beim Kämmerer Stefan Kaever sowie bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken.

Ich bedanke mich – bei aller Gegensätzlichkeit in der sachlichen Auseinandersetzung – bei den anderen Ratsfraktionen für das zum überwiegenden Teil kollegiale Miteinander.

Ich bedanke mich bei meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern der SPD-Fraktion für die fruchtbare, loyale und gemeinsame Arbeit.

Ich schließe mit den besten Wünschen für das bevorstehende Weihnachtsfest und für das neue Jahr 2015.

Glück auf!

Haushaltsrede der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

**liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates unserer
Heimatstadt Eschweiler,**

**liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der
Verwaltung,**

meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Jedes Jahr stellt sich den Verantwortlichen der politischen Gremien die Frage: „Woher nehmen und nicht stehlen?“ Vor diesem Leitgedanken stehend, kam bei mir die Frage auf, soll ich eine emotionale, eine für die Galerie geeignete reißerische oder eine sachorientierte Haushaltsrede halten? Sie werden merken, dass ich mich für die letzte Variante entschieden habe. ...

Beim persönlichen Erleben auf allen Ebenen der kommunalen Familie, bestehend aus dem Landschaftsverband Rheinland, der Städteregion und der ihr angehörigen Stadt Eschweiler ist wiederkehrend die Feststellung zu treffen, dass die jeweils tiefere Ebene wegen einer erhöhter Umlageverpflichtung stöhnt und entsprechende Vorwürfe absetzt!

Die Städteregion hat keine eigenen Steuereinnahmen und finanziert sich ausschließlich aus der Umlage, die sie von den Städten und Gemeinden erhält. Diese muss nach den geltenden Bestimmungen auskömmlich sein.

Schon hier ist jetzt die Möglichkeit für politisches Geplänkel gegeben, weil selbst die informierten Politiker gerne Mehrheiten auf nächsthöherer Ebene natürlich mit Blick auf das politische Farbenspiel angreifen und unverantwortliches Handeln unterstellen. Persönlich beteilige ich mich daran seit Jahren nicht mehr und habe meine Fraktion unter Darlegung der Gründe gebeten, sich an dieser zirkusähnlichen und wiederkehrenden Veranstaltung nicht zu beteiligen. Auch fällt bei

Verbandsversammlungen, Aufsichtsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen auf, dass nur betriebswirtschaftlich, aber nicht volkswirtschaftlich gedacht und gehandelt wird.

Bei der Benehmensherstellung hat die CDU Fraktion auch dem Punkt 3 des Beschlussvorschlages der Verwaltung nicht zugestimmt, um vielleicht einen sinnvollen Denkprozess auch im Rat der Stadt Eschweiler auszulösen. Auf die Möglichkeit zum gemeinsamen Handeln werde ich noch eingehen.

Unmissverständlich habe ich mehrfach für die CDU Fraktion erklärt, dass ausschließlich nur grundlegende Änderungen zum notwendigen Erfolg führen werden. Diese sind:

1. Änderung der Finanzierung der Kommunen
2. Einhaltung des Konnexitätsprinzips
3. Wirtschaftliches Handeln vor Ort

Andere nennenswerte Möglichkeiten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Eschweiler gibt es nicht!

An dieser Stelle könnte ich viele Beispiele aufzeigen, wie sinnlos die gegenseitigen Vorwürfe auch innerhalb der kommunalen Familie sind und deshalb nur für die Galerie geäußert werden, die kürzlich bei Sitzungen wieder fürstlich bedient wurde. Dies geht aber auch nur deshalb, weil die meisten Bürger weder die Finanzierungsordnung noch die näheren Hintergründe kennen. Seriös ist dieses Verhalten jedenfalls nicht. „Haltet den Dieb!“ lautet die Parole, obwohl auch z.B. der Landschaftsverband wegen deutlich gestiegener Kosten und Übernahme von Zusatzaufgaben sich das Geld dafür auch mit schmerzhaften Erhöhungen bei der Städteregion holt. **Diese hat ja bekanntlich ihre Rücklage aufgebraucht und in den letzten Jahren ca. 60 Millionen € ins Geschehen eingebracht.** Der kommunalen Familie, also hier auch unserer Heimatstadt werden immer mehr kostenträchtige Aufgaben übertragen, die erdrückend sind. Diese sind gesetzlich vorgegeben und stehen zur Erledigung bzw...

Bearbeitung an. Wir müssen das machen, egal wie!

Mit vielen Zahlen für diese Vorgänge zu operieren, erspare ich mir, wenngleich eine einzige Zahl schon extreme Veränderungen aufzeigt! Früher hat das heute selbst hochverschuldete Land NRW den LVR-Gesamthaushalt etwa zur Hälfte getragen. Heute sind es nur noch 12 %, die von der Regierungsebene in den Haushalt der kommunalen Familie einfließen. Davon gibt der Landschaftsverband rund 90 % für Sozialleistungen aus. Die wichtige Inklusion muss aber auch noch finanziert werden.

„Et kütt wie et kütt“ und „et es noch emmer joot jejange“, sagt der Rheinländer. Dieser Slogan ist bekannt. Wer wirklich Verantwortung für das gesamte Geschehen übernehmen will, stellt aber schnell fest, dass eine gravierende Veränderung im Denken und Handeln stattfinden muss.

Dies vorweggeschickt wende ich mich der Situation unserer Heimatstadt zu und komme erst am Schluss zu einer Gesamtbewertung, die sich aus externen, aber auch internen Problemstellungen ergibt.

Unsere Heimat ist geprägt von einer feierfreudigen Bevölkerung, die mit wenigen Ausnahmen den Karneval liebt und bei der das Vereinsleben und das Ehrenamt immer noch Unterstützung findet, obwohl der feststellbare Trend auch immer mehr individuelles Handeln in den Vordergrund stellt.

Unser Kulturleben wird überwiegend von älteren Menschen geprägt, die sich dem Allgemeinwohl verpflichtet fühlen und Jugendliche zur Fortsetzung der Arbeit anhalten. Es gibt aber auch Schwierigkeiten, die wir nicht ausblenden können. Vereine nachhaltig zu unterstützen ist von großer Wichtigkeit. Aber alles lässt sich auf Dauer auch nicht finanzieren. Hier brauchen wir einvernehmliche Lösungen mit den Verantwortlichen und Betroffenen, weil die ehrenamtliche Mitarbeit unabdingbar und unersetzlich ist.

Die überwiegend noch vorhandene Zufriedenheit darf nicht überstrapaziert werden. Schwierige Situationen muss man nachvollziehbar erklären, damit politisches Handeln verständlich bleibt. Auch darüber hat die hiesige Presse nachvollziehbar berichtet. Hier muss eine Gleichbehandlung in unserem Denken liegen, weil sonst das beklemmende Gefühl der Minderwertigkeit bei Vertretern von gewissen Sportarten, leicht aber auch im Kulturleben auftaucht, nicht mit der nötigen Rückendeckung der Stadt ausgestattet zu sein. Das noch vorhandene Geld muss gerechter verteilt werden.

Was können wir uns kurzfristig aber auch langfristig erlauben? Wie sehen die Ein- und Ausgabeseiten aus? Ist unser Gemeinwohl noch kalkulier- und finanzierbar? Fressen uns unsere Schulden auf? Nur zu sagen: „wir wollen unsere Stadt nicht kaputt sparen“ scheint mir zu kurz gesprungen, obwohl die NRW-Ministerpräsidentin Frau Kraft für das Land gleich lautende Meldungen absetzt.

Bei meinem Antrittsbesuch bei Bürgermeister Bertram habe ich für die CDU Fraktion, so glaube ich, zwei sehr wichtige und ernsthaft gemeinte Sätze gesagt.

1. Die CDU will keine Frontalopposition betreiben.
2. Wir müssen parteiübergreifend nach Lösungen suchen, die wir in gemeinsamer Verantwortung für unsere Heimat brauchen. Auch wenn wir dafür keinen Beifall erwarten können.

Herr Bürgermeister Bertram, liebe Kolleginnen und Kollegen: Dieses Angebot seitens der CDU Fraktion steht! Weil auch wir unser Eschweiler lieben, fördern und voranbringen wollen.

Wie Zahlenspiele erfunden und selbst Fakten auch zielgerichtet entstellt werden, mag auch schon daran ersichtlich sein, dass die von mir beim Landschaftsverband eingeholten Zahlen eigentlich verbieten, dass die Städteregion und in der Folge die ihr angehörigen Kommunen sich auch noch bezüglich der

Umlage erregen. Dafür hätten andere Mitgliedskörperschaften dann schon einen nachvollziehbaren Grund.

Die Abrechnung für das Jahr 2013 sagt aus, dass die Städteregion 124,1 Mio. € an den LVR an Umlage gezahlt hat, aber für 220,5 Mio. € Mittel in die Städteregion zurückgeflossen sind. Wie viel davon wieder direkt nach Eschweiler geflossen sind, müsste, falls gewünscht, genau ermittelt werden. Auch wir haben Einrichtungen im Stadtgebiet, die von der Städteregion und vom Landschaftsverband unmittelbar erheblich unterstützt werden.

Aufgefallen ist erneut und darauf habe ich seitens der CDU auch hingewiesen, dass viele überplanmäßige Ausgaben auf der Tagesordnung stehen. Da nützt natürlich der O-Ton des Bürgermeisters nichts, wenn er auf meine diesbezügliche Frage antwortet: „Bei Planungen stricken wir immer alles auf Kante“. Von der Planung bis zur Fertigstellung fallen doch übliche Teuerungen an, die vorab zu kalkulieren sind. ...

Klar ist zurzeit nur hundertprozentig, dass die Blausteinsee GmbH am Ende ist und ständig und ausschließlich Nahrung aus städtischen Steuermitteln braucht. Kürzlich noch eine Bürgschaft von 600.000,00 €. Die anderen Gesellschafter denken nicht im Traum daran, hier noch zu investieren. Es wurde zwar viel über die Probleme am Blausteinsee im politischen Raum geredet, aber etwas Schwung kam erst mit dem Antrag der CDU-Fraktion ins Geschehen, auch wenn die SPD sofort in Kampfstellung ging und eigene Glanzleistungen vortrug. War ja auch nicht ihr Prüfauftrag. Fazit: Wer keine verlässlichen Gesellschafter hat, braucht auch keine Gesellschaft! Die Probleme am und um den Blausteinsee sind Ergebnisse jahrelanger falscher SPD-Politik, die mit Hoffnungen verbunden wurden, die zwielichtige Personen erweckten, die sich aber als Rohrkrepiierer erwiesen. Leider wurde hierfür viel Zeit und Geld verbraucht.

Die CDU hat sich immer zu einer verträglichen Nutzung des Blausteinsees bekannt und auch vertretbaren Projekten zugestimmt. Jetzt brauchen wir ein gesundes

Fundament und eine verlässliche Konstruktion, die überschaubar geführt werden kann. Von erdachten Wochenendhäusern haben wir aber weder etwas gesehen und auch in letzter Zeit nichts mehr gehört. Wie soll es denn weitergehen? Wer baut wo und wann was? Sind das wieder Luftschlösser? Haben wir uns wieder mal zu früh gefreut?

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie sieht es mit unserem Gemeinwohl aus?

Der Kassenärztliche Notdienst NQN im Eschweiler Krankenhaus ist ein Segen für uns alle. Leider wird auch an guten Sachen immer wieder gerüttelt und rumgefummelt! Da hatte die SPD sofort eine Erklärung zur Schuldfrage parat: Der „kassenärztliche Notdienst“ der auch nur einem Prüfauftrag des Landesgesundheitsministeriums folgend seit längerer Zeit nach Lösungen suchen muss, war schnell ausgemacht. Ich weiß von nix, waren dann auch die ersten Aussagen namhafter und dem Vernehmen nach

einflussreicher politischer Menschen in Eschweiler, als das Thema Notdienst angeblich wie ein Blitz in Eschweiler einschlug und zu vielen Presseberichten führte. Wenn darüber ausführlich von Dr. Nossek schon am Anfang des Jahres 2013 in der Bürgermeisterrunde auch bei krankheitsbedingter Abwesenheit von Bürgermeister Bertram berichtet wurde, so kann uns keiner nachvollziehbar erklären, dass dies jetzt erst bekannt wurde, zumal Herr Kämmerling doch auch sonst immer aus Düsseldorf berichtet und Geldzuwendungen für Projekte ankündigt, für die andere Politiker lange gekämpft haben.

Herr Kämmerling! Entweder sind Sie tatsächlich der Macher in Düsseldorf, dann hätten Sie den Vorgang aber frühzeitig kennen müssen und hätten uns alle vorsichtig ausgedrückt nicht veräppelt! Oder der Schein ist größer als das Sein. Dann wäre ihr Nichtwissen ja noch verständlich. Dieses Thema gehört zwar nicht unmittelbar zum Haushalt, aber zum Gemeinwohl hier in Eschweiler und um den Erhalt kämpfen wir doch hoffentlich gemeinsam.

In diesem Jahr verzeichnen wir erneut eine deutliche Unterdeckung im Haushalt. Veränderungen zu den Überlegungen beim LVR und in der Folge bei der Städteregion deuten darauf hin, dass die Belastung für unsere Stadt zu den Angaben im Haushaltsentwurf zwar immer noch, aber nicht so hoch sein wird wie ursprünglich angenommen wurde. Es wird ja immer heißer gekocht als später gegessen. Jeder Haushaltsentwurf wurde bislang ja von der Politik verändert. So auch beim LVR und der Städteregion. Beim LVR regiert die CDU mit der SPD und bei der Städteregion die CDU mit Bündnis 90/Die Grünen. Diese Bündnisse lassen mindestens Gutes erwarten.

Es wird ja immer an Stellschrauben gedreht, die aber bei uns in Eschweiler schon fast am Anschlag stehen.

Die CDU Fraktion lässt sich von folgenden Notwendigkeiten leiten:

- 1) Die Einnahmen und Ausgaben müssen so schnell wie möglich wieder ausgeglichen werden
- 2) Wir können vorläufig keine neuen freiwilligen Ausgaben mehr übernehmen.
- 3) Die CDU Fraktion fordert eine Überarbeitung der Finanzierung der Kommunen
- 4) Die CDU Fraktion ist für die unbedingte Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Es muss zwingend geprüft werden, welche Ebene diese auch gegebenenfalls gerichtlich einfordern wird
- 5) Es ist zu prüfen, in wieweit Synergieeffekte durch Zusammenlegung von Einrichtungen, z. B. Volkshochschule oder Rechtsamt mit anderen Verwaltungen entstehen können
- 6) Die Blausteinsee GmbH muss aufgelöst und durch ein wirksames und kontrollierbares Management ersetzt werden

- 7) Wir brauchen eine parteiübergreifende Sparkommission und keinen Sparkommissar, der an anderen Stellen schon tätig wurde

- 8) Planungen müssen auch so kalkuliert werden, dass übliche und bekannt eintretende Teuerungen eingebunden sind, weil unrealistische Ansätze nicht hilfreich sind! Sie verschließen den Blick auf die Realität.

Die 100%-ige Zielerreichung versprechen wir uns davon nicht, meinen aber, uns mit guten Ansätzen in die richtige Richtung zu bewegen.

Lassen wir die Schaukämpfe und konzentrieren uns auf notwendige Veränderungen. Die Bürger mögen Klärungen und können auch gangbare Lösungen von uns erwarten. Wir stehen und das ist auch gut so, über die Presse, die modernen sozialen Medien und wie auch immer mit unserem Handeln im Focus, auch wenn sich

nur selten Menschen unserer Stadt bei Ratssitzungen oder Ausschusssitzungen im Raum befinden!

Die CDU bekräftigt ihr Angebot erneut, auch unpopuläre Notwendigkeiten dann mitzutragen, wenn damit zumindest auf lange Sicht positive Aussichten verbunden sind.

Wer nur Forderungen hat und diese öffentlichkeitswirksam vorträgt, steht zwar als engagierter Politiker häufig in der Zeitung, gerät aber schnell in die Unglaubwürdigkeit, wenn es wie bei der L 238 n zum schlechten Schluss geschehen heißt: „Außer Spesen nichts gewesen“. Oder: „gut, das wir beim 'Runden Tisch' einmal darüber gesprochen haben“. So kann man Eschweiler nicht wirklich sinnvoll gestalten.

Hier wurde ja ein schönes und teures Projekt bei herrlichem Sonnenschein eingeweiht und verschwand dann mit dubiosen Erklärungen hinter dunklen Wolken. So einfach darf man es sich nicht machen und die betroffenen Menschen im Stich lassen! Glänzende

Ankündigungen von namhaften Politikern waren selbst noch zu lesen und zu hören, als das Ministerium von Herrn Minister Groschek mit schleierhaften Erklärungen angebliche mögliche zukünftige Verkehrsentlastungen vorgetragen hat. **Sagenhaft meine Damen und Herren!**

Ich möchte noch folgende Feststellung treffen: Fast überall sind die Ausgleichsrücklagen aufgebraucht, so auch bei der Städteregion, mit der wir im unmittelbaren Zusammenhang leben.

Neben Alsdorf, Stolberg, und Würselen liegt auch für Eschweiler eine Unterfinanzierung bei der Städteregion vor, die von Roetgen, Monschau, Simmerath, Herzogenrath und Baesweiler subventioniert wird. Diese Tatsache noch zum Ruf „Haltet den Dieb“ zu nutzen ist unseriös.

Die Kommune ist die Keimzelle der Demokratie. Sie wird aber immer stärker vernachlässigt.

Die Aussage der Mehrheit, in 2016 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu wollen, hält die CDU Fraktion unter den gegebenen Umständen vorsichtig ausgedrückt für sehr sportlich! Für unsere Heimatstadt Eschweiler, die wir doch alle lieben ein schöner Gedanke, aber sehr unrealistisch.

Auch bei der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung habe ich der Mehrheitspartei und dem Bürgermeister erneut unsere Mitarbeit bei der Bewältigung der seit Jahren bekannten Probleme angeboten und eine auch von der UWG angeregte Sparkommission vorgeschlagen. Die Fraktionsvorsitzende der SPD - Frau Leonhardt - hat dazu erklärt, dass die CDU genügend Gelegenheit gehabt hätte, im Vorfeld Änderungswünsche vorzutragen und solche auch während der HuFA-Sitzung zu artikulieren, damit wir darüber diskutieren können. Wer aber einen solchen Vorschlag macht, muss sich die Frage stellen, ob sie die Regeln für ein solches Vorhaben nicht kennt, nicht kennen will oder den guten Willen der Opposition mit wirklich merkwürdigen Argumenten ausschlagen will.

Im Klartext - liebe Kollegin Leonhardt: Solche Kommissionen besetzt man sinnvoller Weise je nach Stärke der Fraktionen mit ganz wenigen Ratsmitgliedern, die sich ernsthafte, aber auch ehrliche Gedanken über das Vorankommen unserer Heimatstadt machen. Wenn dann Grund besteht, weißen Rauch aufsteigen zu lassen, so wird man sich in der Eschweiler Bevölkerung auch darüber freuen, dass nicht viel Zeit für politische Schwadroniererei verschwendet wurde, sondern ein weiser Spruch eines klugen Mannes Bedeutung findet, der einmal gesagt hat: „Entscheidend ist, was hinten rauskommt.“

Die vorweihnachtliche Zeit, in der die Besinnung im Vordergrund steht, sollte Ihnen persönlich, aber auch den anderen SPD-Ratsmitgliedern einschließlich des politischen Bürgermeisters Gelegenheit geben, Angebote wohlmeinender Ratsvertreter ernsthaft zu bedenken. Wenn sie das aber nicht wollen, dann müssen sie ihren Haushalt auch alleine verantworten.

Den vorgelegten Haushalt lehnt die CDU Fraktion aus vorbenannten Gründen ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die CDU Fraktion dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die schwere und schwierige Erledigung von Aufgaben, die in den kommenden Jahren absehbar verschärft auf uns zukommen werden und wünscht allen Anwesenden, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern unserer Heimatstadt ein schönes und friedliches Weihnachtsfest und ein von Gesundheit und Glück getragenes Jahr 2015. Mögen ihre sicherlich vorhandenen Wünsche in Erfüllung gehen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Eschweiler

Haushaltsrede des Fraktionssprechers Dietmar Widell
für die Stadtratssitzung am 16. Dezember 2014

--- Es gilt das gesprochene Wort ---

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir sprechen heute zum wiederholten Male über
den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2015 mit Haushaltssicherungskonzept,
ein dicker Ordner mit 3 bis 4 Siegel für viele Ratsmitglieder,
eine Trutzburg aus Zahlen für die Verwaltung mit Extra-Türchen für die SPD-
Fraktion. Insofern kann die SPD-Fraktion in netter Weise die Adventszeit
genießen.

Bei den Beratungen wurde mit scharfer Klinge getrennt,
ein paar Beispiele will ich nennen:

Geld für einen European Energy Award - ja,
Geld für einen Schulhof, Unterstützung für eine Neugestaltung - nein,
Geld für Wohnraumversorgungskonzept - ja,
Geld für schönere Gehwegplatten vor der Festhalle - ja,
Geld für die Umgestaltung des Marktplatzes - ja.
Nun raten wir, welcher Vorschlag nicht von der SPD war.

Vorschläge der Oppositionsparteien bei den Haushaltsberatungen sind zwar
erwünscht, jedoch ergibt hier die Summe von Ablehnungen und Vertagungen
zusammen 100 Prozent.
Ob freiwillige Leistung oder nicht.

Vorschläge der SPD-Fraktion bei den Haushaltsberatungen gibt es auch, jedoch
ist hier die Zustimmungsrate 100 Prozent.
Ob freiwillige Leistung oder nicht.

Versuche der Oppositionsparteien, eigene Vorschläge zu machen, werden schon
mit dem Begriff „Reflexe“ abgetan.

Der Reflex, lassen Sie mich definieren: das Zucken im Arm des
Oppositionspolitikers bei den Haushaltsberatungen, die vokale
Vervollständigung des Reflexes beginnt üblicherweise mit den Worten, ich
beantrage bei Haushaltsstelle.....

Alles Geschichte.

Nein nicht ganz, wir haben noch einige Reflexe gehabt bei den Haushaltsberatungen.
Nicht, daß die Reflexe wirklich irgendeine Aussicht auf Erfolg hätten.
Nicht wirklich.
Oppositionsreflexe eben.
Aber die Reflexe sind nicht strafbar.....noch nicht.

Bei eigenen Vorschlägen wird von der SPD nicht von „Reflexen“ gesprochen, weil die ja angenommen werden.
Für diese Vorschläge ist Geld da, Geld das bei Vorschlägen von der Gegenseite nicht da ist. Plötzlich vorhanden, Zaubergeld, Mehrheitsgeld.

Geld zum Beispiel für die Teilnahme am European Energy Award, denn wir müssen ja Vorbild sein.
Die Stadt Eschweiler erwähnt dazu, dass die kommunale Ebene die Ebene der Umsetzung ist, der eine besondere Rolle zukommt.
Weiter heißt es dort: Durch ihre Bürgernähe und Vorbildfunktion sind die Kommunen zugleich ein wichtiger Multiplikator....
Verwaltung und Ratsmehrheit des Multiplikators namens Stadt Eschweiler haben beim Abschluss der Stromlieferverträge ausdrücklich verhindert, dass Strom, der aus regenerativen Anlagen kommt, eingekauft wird.
Aus bestehenden Anlagen wäre es keinen Cent teurer geworden, aber selbst dies war schon zuviel Vorbildfunktion.
Vorbildfunktion wäre gewesen, Strom aus neuen Anlagen zu beziehen oder bei Erzeugern, die mit den Einnahmen neue Anlagen finanzieren, aber dies wäre etwas teurer gewesen und ist damit natürlich sowieso völlig undenkbar.
Vorbild ja, aber schön dosiert und nicht übertreiben, nicht mal, wenn's nichts zusätzlich kostet.

Wir haben nicht grundsätzlich etwas gegen Diplome, Awards und Zertifikate.
Es gibt durchaus Auszeichnungen, die Zuschüsse bringen und die wir natürlich gerne unterstützen.
Das Zertifikat für die Volkshochschule ist so eines, ohne Zertifikat keine Zuschüsse von der Landesebene der Volkshochschulen.

Aber bei vielen Awards, Zertifikaten und Diplomen ist ein handfester Nutzen nicht erkennbar.

Wenn die Gutachten und Auszeichnungen nicht nur die Arbeitslosenquote bei den Gutachtern senken würde, dann hätten wir schon mehr davon.

Übrigens, ein gutes Gebäudemanagement bringt mehr als dieser Award.
In der Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt stand auch nicht wirklich, welchen Vorteil der Award hat für die Stadt.

Aber haben, haben sollten wir ihn,vorsorglich.

Gutes Gebäudemanagement bringt dagegen sofort eine Ersparnis an Energie und Wasser, gut für den Geldbeutel und gut für die Umwelt.

Und da arbeitet die Verwaltung schon lange dran, und der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss diskutiert auch schon lange über den Energiebericht.

Wenn wir jetzt unser gutes altes Bauunterhaltungsprogramm wieder dazu bekämen, dann hätten wir als Ratsmitglieder sogar eine Chance, wieder einen Überblick über den Zustand der vielen städtischen Gebäude zu bekommen. Ratsmitglieder machen ihren Einsatz hier neben dem Beruf, die Verwaltung stellt die Profispieler. Hier lassen die Profispieler die Nebenberufler im Dunkeln spielen.

Übrigens: Gutachten für ein Wohnungsbauprogramm.

Die Kosten fallen in den Bereich freiwillige Leistungen, die Vergabe hat der Bürgermeister abgelehnt, obwohl ohne dieses Gutachten keine Investitionszuschüsse für mögliche städtische oder auch private Investitionen in Eschweiler mehr fließen würden.

Die SPD erkennt dies glasklar und stellt den Antrag für das Gutachten, natürlich stimmen alle zu, aber hätte die Verwaltung nicht die politischen Gremien darauf hinweisen müssen, wenn sie selbst das Gutachten nicht veranlassen kann?

In genau dem Moment, wenn die SPD den Antrag stellt, erklärt uns die Verwaltung das Problem.

Das ist Politik in Eschweiler.

Lassen Sie mich nochmals auf die wachsende Anzahl der Gutachten zurückkommen.

Strukturwandel entsteht durch Handeln, Strukturwandel wie Handeln werden in den vielen, vielen Gutachten händierend und geradezu beschworen.

Nur vom hundertundritten Gutachten alleine kommt kein Strukturwandel.

Oder in der Sprache der Landwirtschaft: Vom Wiegen wird die Sau nicht fetter.

Der Wille zum Strukturwandel lässt sich auch recht gut an der Anstrengung bei der Wirtschaftsförderung erkennen.

2014 waren bei der Wirtschaftsförderung noch 1,8 Stellen angesetzt, 2015 nur noch 1,3 Stellen.

Läuft's wirklich so gut oder ist es einfacher geworden,oder was?

Lassen Sie mich direkt zum Geld kommen,

zur Haushaltskonsolidierung in Eschweiler:

Auch kein einfaches Thema, weil fast alle Kommunen die gleichen finanziellen Probleme haben wie Eschweiler, manche mehr Probleme, manche weniger. Der Ruf nach Hilfe von Bund und Land sind nicht neu, auch teilweise verständlich, wälzen doch beide Ebenen Kosten auf die kommunale Ebene ab.

Aber was macht die Stadt Eschweiler aktiv zur Haushaltskonsolidierung?

Zunächst können wir über etwa 95 Prozent des städtischen Haushaltes nicht politisch verfügen, wenn Gesetze und Verordnungen Umfang und Art der Ausgaben vorschreiben.

Schauen wir uns das errechnete Minus für das Jahr 2015 an mit angenommenen 16 Millionen minus und dann den Haushalt 2016, der gemäß Haushaltssicherungskonzept ohne Minus auskommen soll, dann stellt sich die Frage: Wie wollen wir 16 Millionen in einem Jahr plötzlich einsparen?

Antwort: gar nicht.
Geht auch nicht wirklich.

Was tun wir?

Wir warten.

Darauf, dass nichts Entscheidendes passiert und das Jahr 2015 vorbei geht.

Im Haushaltsentwurf für 2015 stehen auch Planzahlen für die kommenden Jahre, und deshalb ist ein Vergleich der Einnahmen und Ausgaben aus den vergangenen Jahren, diesem Jahr und dem Entwurf für das Haushaltjahr 2015 und folgende Jahre durchaus möglich.

Können wir überhaupt 16 Millionen von 2015 auf 2016 einsparen?
Nein!

Wie viele Millionen sparen wir denn gemäß Haushaltsplanungen 2016 im Vergleich zu 2015 wirklich ein?
Gar keine!

Und trotzdem kommt es rein rechnerisch zum Haushaltsausgleich.
Ganz legal, alles akkurat berechnet.
Aber wie?

Durch Berechnung, welche Einnahmen wir 2016 voraussichtlich haben werden.

Mehreinnahmen durch Erhöhung bei den Schlüsselzuweisungen,
Mehreinnahmen durch Erhöhung bei der Grundsteuer,
Mehreinnahmen durch Erhöhung bei der Gewerbesteuer
und andere Mehreinnahmen mehr.

Alle diese Zahlen kommen aus Schätzungen, alle Schätzungen sind belegbar,
stammen größten Teils nicht mal von der Eschweiler Verwaltung.

Aber Haushaltskonsolidierung durch weitere Einsparungen, wie wir immer
glauben gemacht werden sollen: Eher nicht!

Die aktive Aufgabe der Stadt wird damit abgearbeitet, dass wir die Ausgaben
nicht erhöhen. Auch eine Aufgabe, keine ganz einfache, zugegeben, aber eben
eine nicht ganz so glanzvolle Leistung, wie wir immer glauben sollen.

An dem Haushaltsausgleich ist unsere aktive Eigenleistung eher bescheiden.
Die Konsolidierung erfolgt durch zurzeit noch rechnerische Mehreinnahmen zu
nahe 100 Prozent.

Jede negative Beeinträchtigung der Voraussetzungen für diese Berechnungen,
die wir mit Sicherheit auch nicht beeinflussen und auch nicht vorhersehen
können, hätte für die Stadt Eschweiler dramatische Folgen.

Einbruch oder Verlangsamung in der positiven Wirtschaftsentwicklung
bedeuten weniger Gewerbesteuer: Haushaltskonsolidierung gescheitert.

Ansteigen der historisch niedrigen Zinsen, zu denen die Stadt Kassenkredite und
auch längerfristige Kredite aufnimmt: Haushaltskonsolidierung gescheitert.

Rückgang der Schlüsselzuweisung, wenn wir zum Beispiel im Jahr 2015 mehr
Gewerbesteuer als geplant erhalten: Haushaltskonsolidierung gescheitert.
Wenn wir in 2015 doch etwas mehr Gewerbesteuer einnehmen, dann wird in
2015 das Haushaltsloch kleiner (vielleicht), aber dies bedeutet gleich auch
sinkende Schlüsselzuweisungen für das Folgejahr.

Unser Einfluss darauf, ob die Haushaltskonsolidierung erfolgreich ist,
ist also in Wirklichkeit äußerst gering.

Nochmal zurück zu Ansätzen zu Grünen Forderungen in diesem Haushalt:
keine.

Selbst Haushaltsansätze für die Erledigung lange zugesagter Grüner
Forderungen wie zum Beispiel die Erstellung eines Ausgleichflächenkatasters:
keine vorhanden.

Haben wir also wirklich gute Gründe, dem Haushaltsentwurf zuzustimmen?

Kommen wir damit also zu der zentralen Forderung, die uns von der SPD inzwischen schon recht penetrant nachgetragen wird:

Wir sollen einem Haushaltsentwurf zustimmen, bei dem nicht einer einzigen unserer Forderungen Rechnung getragen wird.

Nur damit die SPD nicht bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ruft: Ihr habt dem Haushalt nicht zugestimmt, wir alleine tragen alle politische Verantwortung.

Diesen Ruf höre ich schon seit Jahrzehnten.

Es macht keinen Sinn, einem Haushaltsentwurf zuzustimmen in dem seltsamerweise sich auch nur für die Vorschläge der Mehrheitsfraktion Finanzierungsmöglichkeiten auftun.

Alle Vorschläge der Oppositionsparteien sind nicht finanzierbar.

Da sind anscheinend Puffer eingebaut, vielleicht auch Ansätze so, dass nur Insider wirklich im Bedarfsfall noch Geld „finden“, .

Und natürlich ist auch der Haushaltsentwurf so aufgebaut, dass er bei der Kommunalaufsicht eine Chance auf Genehmigung hat, wenn auch immer mit ein paar Auflagen. Die Auflagen gehören quasi mittlerweile zum guten Ton, denn grundsätzlich bessere Vorschläge hat auch die Kommunalaufsicht nicht.

Da schließen auch Haushalte wie der von 2013 mit einem wesentlich kleineren Defizit ab, als vorausberechnet, ohne dass dies wirklich in allen Einzelheiten erklärbar ist. Das Ergebnis freut uns schon, aber die Erklärungen sind manchmal recht dürftig.

So ist anscheinend Haushaltspolitik.

Wir lehnen den Haushalt deshalb ab.

Haushaltsrede des Vorsitzenden der
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler
Ulrich Göbbels
zu den Haushaltsberatungen
2015

Dienstag, den 16.12.2014

Es gilt das gesprochene Wort.

Freigabe: 16.12.2014, 16:00 Uhr

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren.

Die Liberalen in der Stadt Eschweiler werden sich weiterhin für eine Politik einsetzen, die sich an den Bedürfnissen der Stadt orientiert.

Es ist müßig, in Zeiten leerer Kassen Forderungen zu stellen, die nicht bezahlbar sind.

Vielmehr reichen wir allen Parteien in der Stadt die Hand für eine vernünftige und vorausschauende Haushaltspolitik, für die Umgestaltung unserer Stadt und unserer Stadtverwaltung. Das haben wir immer so gesagt und das gilt auch für die Zukunft. Die SPD hat an ihrer Spitze neue Personen, wir hoffen darauf, dass sich mit Ihnen Frau Leonhardt in der Stadt einiges ändert.

Den Haushalt für 2015 aber lehnen wir ab, er zeigt nur das altbekannte „Weiter so“.

Er schreibt fort, was schon in der Vergangenheit nicht funktioniert hat, er zeigt keine Einsicht. Das alte „Wünsch dir was“ geht nicht mehr

Die Hoffnung der Stadtverwaltung, dass die Verantwortlichen in Bund und Land uns mit hohen Mittelzuweisungen helfen, den Haushalt auszugleichen, wird sich niemals erfüllen, egal welche Partei dort das Sagen hat.

Und deshalb sagen wir:

Die Stadtverwaltung und die Politik hat es nicht geschafft, die Ausgaben so weit zu drücken, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen.

Stattdessen werden jetzt und in den nächsten Jahren massiv die Steuern erhöht, der Bürger zahlt für die Versäumnisse der Politik und trotzdem reicht es nicht zum Ausgleich.

Selbst wenn wir in 2016 mit Steuerhöhungen und drastischen Sparmaßnahmen den Haushalt einmalig mit einer schwarzen „0“ beenden, werden wir mit den heutigen Konzepten keine auf Dauer angelegte Gesundung der Stadtfinanzen hinbekommen. Und wir sehen auch keinen Plan, den immensen Schuldenberg abzubauen.

Die LIBERALEN haben schon immer für weniger Staat und mehr Eigenverantwortung plädiert, wir haben im Wahlkampf für den Umbau der Stadt geworben. Auch wenn wir dafür keine Mehrheit bekommen haben, werden wir einem Haushalt nicht zustimmen, der unseren Ideen in vielen Punkten entgegensteht.

Wir fordern Erhalt und Pflege der Infrastruktur unserer Stadt anstelle der Kürzungen in diesen Bereichen. Was wir uns nicht leisten können, sollten wir auch nicht NEU beginnen.

Wir fordern ein Konzept zur Wirtschafts- und Gewerbepolitik der Zukunft in unserer Stadt, denn die Zeiten der Braunkohle gehen langsam zu Ende.

Andere Parteien wollen dies – zum Schaden für unsere Stadt - sogar beschleunigen. Aber spätestens Anfang der dreißiger Jahre ist der Tagebau nach heutigen Plänen beendet.

Bis zu dem Zeitpunkt müssen wir den Strukturwandel geschafft haben.

Wir haben Pfunde in der Stadt, mit denen man punkten kann, die Saat muss aber JETZT gelegt und gepflegt werden.

Wir fordern klare Einsparungen bei den Kosten der Stadt in allen Bereichen, unter anderem durch den Umbau der Verwaltung, auch eventuell verbunden mit Einschnitten im Komfort für unsere Bürger. Wir wollen eine effiziente Verwaltung mit attraktiven Arbeitsplätzen für die Mitarbeiter – Leistung muss sich lohnen.

All dies aber können wir nicht erkennen, stattdessen erleben wir den typischen Reflex derjenigen, die nicht sparen können aber müssen: Den Griff ins Portemonnaie der Bürger, die sich nicht wehren können. Wir müssen es zahlen durch Steuererhöhungen und diese treffen alle, Reiche und Arme, Rentner und Arbeiter, Angestellte und Arbeitgeber.

Wir hoffen, dass sich dies nicht negativ auf die Arbeitsplätze in unserer Stadt auswirkt.

Eine solche Politik trägt die FDP nicht mit. Herr Bürgermeister, gehen Sie endlich auch unbequeme Dinge an, glauben Sie uns, wir werden solche Maßnahmen mittragen und unterstützen, auch wenn sie schmerzen und wehtun. Die nächsten Kommunalwahlen sind weit.

Machen Sie unsere Stadt **Enkel-fit**.

Lassen sie uns alle gemeinsam nach guten Lösungen für die Stadt suchen.

Steuererhöhungen sind der falsche Weg, wenn auch der einfachste.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Eschweiler, 16.12.2014

Haushaltsrede 2015 der UWG-Fraktion

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Haushaltsreden dienen dem Zweck, dass die Regierungspartei darlegt, was sie an Leistungen vorweisen kann und welche Planungen und Visionen für die kommenden Haushaltsjahre von ihr entwickelt werden.

Andererseits geben Sie der Opposition Gelegenheit, Kritik zu üben und Fehlentscheidungen aufzuzeigen.

Auf die eben von der Fraktionsvorsitzenden der SPD dargelegten Leistungen werde ich später noch genauer eingehen.

Zunächst einmal zur Kritik: Meine Haushaltsrede von 2014 brauchte nur mit den nunmehr vorliegenden Zahlen aktualisiert zu werden, was ich hiermit tue.

Ich denke, dass die aktuellen Zahlen für sich sprechen werden.

Das Vermögen der Stadt Eschweiler, auch Eigenkapital genannt, hat vom 1.1.2007 bis zum Ende diesen Jahres um 88 Mio. € abgenommen.

Betrug das finanzielle Vermögen Anfang 2007 noch über 133 Mio. €, können wir Ende 2014 nur noch ca. 45 Mio. € verbuchen.

Dazu kommt jetzt, dass die Stadt Bürgschaften übernommen hat in Höhe von 35 Mio. €, so dass das Eigenkapital nahezu aufgezehrt ist. Bei einem Bilanzwert von annähernd 0 € dürfte das Eingehen weiterer Verpflichtungen als Bürge immer schwieriger werden, denn auch Banken werfen einen kritischen Blick auf die Bilanz.

Auch die öffentliche Hand ist von den Kreditvergabemodalitäten nicht mehr ausgenommen.

Dazu kommt, dass die Ausgleichsrücklage in der Zeit von 2007 bis jetzt von ehemals 21 Mio. € vollständig aufgezehrt wurde.

Das alles trotz Gewerbesteuernehreinnahmen von 2007 bis jetzt über die geschätzten Ansätze hinaus von unglaublichen 73 Mio. €.

Wie man bei dieser sprudelnden Einnahmequelle nach außen publizieren kann, die deswegen verminderten Schlüsselzuweisungen des Landes – sie orientieren sich ja an der Ertragskraft der Kommune – seien die Ursache für das finanzielle Dilemma, in dem wir uns befinden, erschließt sich wohl keinem.

Wenn der geneigte Zuhörer jetzt meint, das sei schon genug an zunehmenden Schulden, haben wir die Kassenkredite außer Acht gelassen.

Die haben sich von 2007 von 35 Mio. € auf 95 Mio. € erhöht und werden wohl zum Jahresende 2015 108 Mio. € erreichen.

Auch wenn letztgenannter Betrag möglicherweise nicht ganz ausgeschöpft werden sollte – was wir von der UWG für wenig wahrscheinlich halten – müssen weitere Schulden in Höhe von ca. 68 Mio. € zu den vorgenannten 110 Mio. € addiert werden.

Warum macht sich niemand lustig über den aussichtslosen Kampf des Kämmerers und der SPD, gegen Adam Ries(e), die nach ihrer Rechnung die Höhe der Kassenkredite nur berechnen als Durchschnittswert vom Anfangssaldo und Saldo vom Ende des Jahres. Versuchen Sie doch einmal, Ihrer Bank klar zu machen, dass, wenn Sie Anfang des Jahres 1.000 € Kontokorrent in Anspruch genommen

haben und dieser Kredit am Ende des Jahres auf 11.000 € angewachsen ist, Sie nach Rechnung des Kämmerers nur 6.000 € als Kredit auszuweisen brauchen, also den Durchschnitt.

Wenn Adam Ries(e) wüsste, dass eine Stadt mit solchen Rechenkünstlern eine Schule nach ihm benannt hat!

Die Finanzsituation der Stadt ist damit aber noch immer nicht abschließend offen gelegt.

Seit dem 31.12.2010 sieht das Gemeindehaushaltsrecht NRW vor, dass spätestens zu diesem Zeitpunkt von jeder Kommune ein Gesamtabschluss aufzustellen ist, der die verselbständigten Aufgabenbereiche (im Nachhinein Betriebe genannt) mit der Kernverwaltung zusammenfasst.

Damit soll ein umfassendes Bild über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Kommune zusammenkommen, vergleichbar mit einer Konzernbilanz.

Obwohl seit Ende 2010 vorgeschrieben, sind wir hier in Eschweiler von einer solchen Konzernbilanz noch weit entfernt.

Die Abschlüsse, die diesem Haushaltsplan für 2015 beigefügt waren, beinhalten weitere Kreditverpflichtungen in Höhe von 46 Mio. € und stammen aus dem Jahr 2012 bzw. 2011.

Strukturfördergesellschaft 26 Mio. €, städtisches Wasserwerk 14 Mio. €, WBE 4,3 Mio. €, BKJ 2 Mio. €.

Die heutige Meldung in der Tagespresse „Finanzspitze für Betreuung“, die der Bund der Stadt Eschweiler in Höhe von 350.000 Euro gewährt, wäre eine echte und erfreuliche Entlastung des Haushaltes.

Leider aber wird diese Verbesserung durch die jüngste Entwicklung der RWE-Aktien sofort wieder aufgefressen: Statt einer Verbesserung dieser Bilanzposition zum Jahr 2013 (Kurs 26.61 Euro/Stück) droht ein weiterer Verlust - bei weiterhin fraglicher Dividendenausschüttung - in der Größenordnung von mindestens ½ Million Euro!!

RWE-Aktien sind also längst kein bequemes Ruhekissen mehr!
In Anbetracht der Prognose für den weiteren Geschäftsverlauf wäre es durchaus angebracht, sich von dem Aktienpaket RWE zu trennen.

Per Saldo – und ohne verharmlosende Halbwahrheiten – versinkt die Stadt Eschweiler von Jahr zu Jahr – und das nicht erst seit 2007 – immer tiefer im Schuldensumpf.

Zusammen mit dem für 2015 prognostizierten Jahresverlust von unglaublichen 16,6 Mio. € und unter Berücksichtigung der städtischen Bürgschaften für ausgelagerte Eigenbetriebe steht die Stadt Eschweiler nach den Haushaltszahlen praktisch ohne Vermögen da!

Jeder Bürger dieser Stadt wird also im Jahr 2015 mit exakt 300 € zusätzlich belastet.

Die Höhe der Pro-Kopf-Verschuldung zum Ende 2015 wird wohl ziemlich genau bei 4500 € liegen.

Relativiert werden müssen die von der SPD immer wieder herausgestellten Investitionen in unseren Schulen.

Sie sind zum großen Teil notwendig geworden als Folge von Versäumnissen der letzten 30 Jahre, in denen für Unterhaltung und Erneuerung wirklich nur das Allernotwendigste durchgeführt wurde. Sieht man sich z.B. die Energieeffizienz der städtischen Gesamtschule

an, stellt man fest, dass Energieeinsparnormen seit der Errichtung des Gebäudes nahezu unbeachtet geblieben sind.

Der jetzige Instandsetzungs- und Renovierungsaufwand – der im Übrigen nicht nur von der SPD getragen wird, sondern von allen Ratsfraktionen – ist dringend notwendig, um die Substanz des Gebäudes zu retten.

Die UWG verkennt nicht, dass durch weiter steigende Transferleistungen Land und Bund uns immer stärker belasten, ohne für einen entsprechenden Ausgleich zu sorgen.

Auch bei den Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern ersetzt das Land nur ca. 14,5 %. Bayern und Baden-Württemberg ersetzen 100 %. Das Land NRW hat zwar Nachbesserung zugesichert, konkrete Geldzuweisungen sind jedoch bisher nicht dem städt. Haushalt zugeflossen.

Die UWG hat schon mehrfach darauf hingewiesen, dass gegenüber dem Land politischer Ungehorsam angebracht wäre, weil es seine Kommunen nicht mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstattet.

Die UWG hält an dem Vorschlag, eine interfraktionelle Sparkommission ins Leben zu rufen, nicht weiter fest. Die SPD hat diesen Vorschlag von Anfang an abgelehnt und den Begriff „Sparen“ interpretiert als Kürzungskommission.

Dabei bedeutet Sparkommission keineswegs, alles zusammenzustreichen, sondern zu überlegen, wie man gemeinsam definierte Ziele kostengünstig erreichen kann.

Jetzt ist der Zug für eine solche Kommission abgefahren.

Selbst wenn es gelingen sollte, den Haushalt 2016 auszugleichen, würden wir mit den danach erhofften Überschüssen in der Ergebnisrechnung mehr als 1000 Jahre benötigen, um schuldenfrei zu werden.

Ein Paradebeispiel dafür, wie man mit den Schulden von heute die nachfolgenden Generationen belastet.

Durch die bevorstehenden Steuererhöhungen werden nicht nur Hauseigentümer und Gewerbetreibende belastet.

Die höhere Grundsteuer wird auch den Mietern durch die Umlage der Nebenkosten angelastet.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer verschlechtert Standortvorteile der Stadt gegenüber anderen Kommunen und ist für weitere Gewerbeansiedlungen kontraproduktiv.

Ob die hierdurch erhofften Mehreinnahmen tatsächlich zum Tragen kommen, ist mehr als ungewiss.

Aber nur durch den rein rechnerischen Ansatz höherer Einnahmen kann man den Plan, 2016 noch einen Haushaltsausgleich zu erzielen, gegenüber der Kommunalaufsicht darstellen.

Ein Plan, mehr nicht!

Der städtische Haushalt wird schon seit Jahren durch den Gebührenzahler mitfinanziert.

Er muss für die Entwässerung seines Grundstücks kalkulatorische Abschreibungen und die kalkulatorische Verzinsung auf den Wiederbeschaffungswert mit 6,5 % Zinsen entrichten, obwohl die Stadt sich z.Z. das Geld für 1/10 dieser Zinsen beschaffen kann. 10-fach höhere Zinsen zu verlangen als man selber zahlt, erfüllen unseres Erachtens den Tatbestand des Wuchers, weil gegen das Kostenüberschreitungsverbot verstoßen wird.

Der UWG ist bekannt, dass an höherer Stelle eine Überprüfung dieser aus unserer Sicht unzulässigen Verfahrensweise in die Wege geleitet wird.

Etwas mehr als 5 Mio. € unterliegen als freiwillige Leistungen noch dem Gestaltungsspielraum der Politik.

Diesen Spielraum hat die SPD mit etwas mehr als 35.000 € ausgefüllt, wovon allein 25.000 € für die Erstellung eines Wohnraumförderungsgesetzes in Ansatz gebracht wurden.

Dies hätte nach Auffassung der UWG allerdings von der Verwaltung selbst in den Haushalt aufgenommen werden müssen. 10.000 € bei einem Haushaltsvolumen von 130 Mio.!

Die UWG trägt diesen Haushalt nicht mit.

Der Haushaltsausgleich soll nur durch Einnahmeerhöhung zu Lasten der Bürger erreicht werden.

Und – liebe Zuhörer - lassen Sie sich von niemanden einreden, das seien alles nur Peanuts.

Sei es als Mieter oder als Hausbesitzer, Steuererhöhung der in den letzten Jahren vorgenommenen und geplanten Höhe werden auch Sie in Ihrem Portemonnaie deutlich spüren.

Und jetzt noch wie jedes Jahr am Ende der Haushaltsrede
2 Schmäckerln aus dem uns vorliegendem Haushaltsentwurf:
Auf Seite 201 - Produktbeschreibung: Grundschulen - verschwinden
beim Stellenplanauszug 24 Beamtenstellen in Gänze unter der
Überschrift: Sicherstellung und Weiterentwicklung eines
bedarfsgerechten Schulangebotes.

Auf Seite 281 – Produktbeschreibung: Hilfen bei
Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen –. Hier sind von
2014 auf 2015 12 Beamte verschwunden. Wie das allerdings mit der
Zielsetzung – Sicherung eines menschenwürdigen Lebens für
Berechtigte – vereinbar ist, fragt sich hoffentlich nicht nur die UWG.

Erich Spies (Fraktionsvorsitzender)

Spiegelfechtereien oder "Wer Mut zeigt, macht Mut" Adolph Kolping

Alle Jahre wieder könnte man meinen, wenn es zur Haushaltsverabschiedung kommt. Doch von Jahr zu Jahr wird die Ausgangssituation schlechter, auch wenn landauf und landab das genaue Gegenteil behauptet wird. Deutschland geht es gut und damit müsse es uns allen doch gut gehen. Eine Steuerrekordeinnahme nach der anderen. Wirklich? Es sprengt hier den Rahmen sich die genauen Entwicklungen von Steuern im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) anzuschauen.

Jedoch sind die Einnahmen aus Steuern und Beiträgen zur Sozialversicherung sind seit Beginn der 1980er Jahre in Deutschland ungefähr ebenso stark gestiegen wie das Bruttoinlandsprodukt, allerdings gab es eine Verschiebung: Während die Sozialabgaben prozentual stärker anstiegen, sank der Anteil der Steuern.

Systematisch wird durch die Politik zugelassen, dass sich die großen Konzerne aus der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben verabschieden können und nur noch die Lohnabhängigen und der Mittelstand belastet werden. (Dies sind Meine Damen und Herren ihre Parteienvertreter_innen in Land, Bund, EU, die die entsprechenden Gesetze verabschieden.)

Unrecht gewinnt oft Rechtscharakter einfach dadurch, daß es häufig vorkommt. Bertolt Brecht

Insbesondere die starken Steuersenkungen Anfang der 2000er Jahre wirken bis heute nach. Allein 2013 verbuchten die Kommunen Mindereinnahmen von 6,6 Milliarden Euro. Eine Korrektur der steuerpolitischen Fehler der Vergangenheit, eine verfassungskonforme Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine deutlich gestärkte Erbschaftssteuer, die nötigen Geldmittel zur Erfüllung der den Kommunen durch Bundesgesetze zugewiesenen Aufgaben (Konnexität: »Wer bestellt, muss auch bezahlen«), eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer unter Einbeziehung aller Unternehmen, Freiberufler und Selbständigen, ist dringend von Nöten.

Wortüber nicht geredet wird: Geld ist genug da! Der private Reichtum ist so groß wie noch nie. Doch er ist sehr ungleich verteilt. Und längst ist erwiesen, dass hohe Ungleichheit der Gesellschaft schadet. Wenn sogar die OECD vor den Entwicklungen in Deutschland warnt stimmt das System nicht.

Jeder tatsächlich gesellschaftlich akzeptierte Bedarf ist auch finanzierbar.

Die Stärke eines Gemeinwesens bemisst sich daran, wie es mit den Schwächsten der Gesellschaft umgeht. Kürzungen in diesem Bereich offenbaren das geringe Maß an sozialer Verantwortung.

Wir leben in einem reichen Land, es muss keine verarmten Kommunen geben.

„Die Ersparnisse der Reichen werden auf Kosten der Armen gemacht“ Jean Baptiste Say (1767-1832), franz. Ökonom

Doch die große Koalition hat Steuererhöhungen für Reiche zum Tabu erklärt. Gleichzeitig trägt sie die „schwarze Null“ wie eine Monstranz vor sich her.

Bei der diesjährigen Haushaltsberatung wurde das Dilemma offensichtlich. Fassen wir alle Änderungsanträge zusammen kommen wir noch nicht einmal auf den Betrag, den Eschweiler als Anteil zu den Schulsozialarbeiter zahlen darf. Soweit zur Konnexität.

Das die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen keine Ausnahme ist und weder von der Fähigkeit noch der Unfähigkeit des Kämmers oder der jeweiligen Ratsmehrheiten abhängt können wir beim Klageglied der kommunalen Vertreter feststellen. Wenn jedoch von allen, egal welcher Couleur festgestellt wird, dass die Kommunen unterfinanziert sind. Wie kann man dann gleichzeitig sagen, dass die Kommunen zu viel ausgeben?

Spare ich, so habe ich ein zuviel, das für Notzeiten zurückgelegt werden kann; kürze ich, verzichte ich auf etwas, und verschlechtere häufig damit die Situation. Genauso wenn ein Sparausschuss gefordert wird und wir einen Kreativitätsausausschuss dagegen halten. Hier sind zwei völlig verschiedene Ansätze. Bei einem Sparausschuss, der im übrigen wie erwähnt korrekt Kürzungsausschuss heißen müsste, mache ich mich doch verantwortlich für Fehler, Fehlentwicklungen die ich noch nicht einmal korrigieren kann. Lasse ich die Kreativität, der Phantasie freien Lauf komme ich vielleicht zu Ansätzen, die den Spielraum zur kommunalen Selbstverwaltungen erhalten. Die Absurdität wurde bei der Diskussion um 2.500 Euro fürs Citymanagement deutlich. Um den Finanzausgleich aufzuzeigen wird hier eine Kürzung angezeigt, die in aller Regel im nächsten Haushalt wieder erhöht wird. Für diese Erkenntnis wird aber über eine halbe Stunde gestritten. Im Übrigen sollten Beratungen, Vorschläge auch in den entsprechenden Gremien stattfinden. Im Nachhinein aus der Zeitung zuerfahren wo man Ansätze sieht, offenbart wohl mangelndes

Selbstvertrauen. Als Opposition sollte man doch ausreichend Rückgrat besitzen seine Vorschläge zu unterbreiten. Das die Mehrheit dies nicht versteht oder mittragen kann, möchte oder wie auch immer ist bekannt.

Eine gigantische Umverteilung von unten nach oben und Milliarden an Einnahmeverlusten für die öffentliche Hand haben uns in diese Lage getrieben. Im vollen Bewusstsein wird die kommunale Selbstverwaltung gegen die Wand gefahren. Wer zulässt das international aufgestellte Konzerne legal der Steuervermeidung sich bedienen und ihrer Verantwortung entziehen handelt fahrlässig. Sollten die Freihandelsabkommen durchkommen, kann die Arbeit des Stadtrates eh eingestellt werden. Dann haben wir die Diktatur der Konzerne. Wenigstens hat sich hier eine deutliche Mehrheit im Rat gefunden 1. eine Meinung zu haben und 2. diese auch klar und unmissverständlich auszusprechen – Abbruch dieser Verhandlungen, sie schaden der kommunalen Daseinsvorsorge.

Die zur Wahrheit wandern, wandern allein. - Christian Morgenstern

Wer die Kommunen entlasten will, muss sich Geld von Konzernen, Banken und Milliardären holen. Eine Befreiung von den Zinslasten öffnete der Stadt den Weg zurück in die kommunale Selbstverwaltung.

Langsam setzt sich die Auffassung durch, dass die kommunalen Einnahmen massiv gesteigert werden müssen, um das kommunale Leistungsangebot aufrecht erhalten zu können. Es wird sich auch noch die Auffassung durchsetzen, dass dies ohne ein gerechteres Steuersystem, das auch Reiche wieder verstärkt an der Finanzierung des öffentlichen Bereiches einbezieht, unmöglich sein wird.

Mit der Wahrheit ist das wie mit einer stadtbekanntem Hure. Jeder kennt sie, aber es ist peinlich, wenn man ihr auf der Straße begegnet. Wolfgang Borchert, Draußen vor der Tür

Der Städtetag stellt fest, dass die Konsolidierung bei den Ausgaben jedoch in erster Linie zu Lasten der kommunalen Sachinvestitionen gegangen sei. Damit erreiche eine langjährige Fehlentwicklung einen neuen Tiefpunkt. Diese Investitionslücke gefährde die Erhaltung und notwendige Modernisierung der Basisinfrastruktur des kommunalen Leistungsangebots wie etwa Verkehrswege, Kindergärten und Schulen. Nicht zuletzt die Diskussion um die Schulhöfe der Gesamtschule offenbaren dieses Dilemma. Erst wenn eine ernsthafte Gefährdung vorliegt wird gehandelt. Verbessert eine Modernisierung die Aufenthaltsqualität stand nicht zur Debatte, wie sie im Antrag auf eine "Gesunde Schule" formuliert wurde.

Eine verlässliche Kinderbetreuung, gute Schulen, eine funktionierende öffentliche Verwaltung, attraktive Kultur- oder Sporteinrichtungen, eine moderne Infrastruktur – das ist das, was Bürgerinnen und Bürger von ihren Landesregierungen, Gemeindeverwaltungen und Räten erwarten. In einem der reichsten Länder sollte ein solches Angebot selbstverständlich sein. Geld ist genug da!

Öffentlicher Armut steht ein immenser privater Reichtum gegenüber.

Diskutierte Absenkungen von Leistungen sind in diesem Zusammenhang der falsche Weg. Einsparungen bei den Personalkosten, wie auch immer führen zu Absenkungen von Leistungen. Jedoch diesen Mut haben Sie nicht meine Damen und Herren, wenn von Einsparungen bei den Personalkosten geredet wird, das dann die Bibliothek, das Schwimmbad, Sportplätze usw. zur Diskussion stehen. Zur Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern in ihren individuellen Lebenslagen, aber auch zur Stärkung von Sozialräumen sind qualitativ gute Sozialleistungen notwendig. Gerade Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, die Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenslagen und von Menschen mit Behinderungen sind als kommunale Leistungen in unserer Gesellschaft zunehmend wichtig. Um eine Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt (Inklusion) zu verwirklichen, werden die Anforderungen an Kommunen eher noch stärker steigen. Die Senkung von Standards würde sich kontraproduktiv auswirken und teilweise zur Verlagerung und langfristig zum Anstieg von Kosten führen. Studien belegen, dass frühe soziale Investitionen Menschen in ihrer Lebensgestaltung unterstützen und sich langfristig auch volkswirtschaftlich positiv auswirken. Sie verbessern die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und ersparen zukünftige Sozialausgaben.

Wenn jetzt jedoch die Sozialausgaben verantwortlich, mitverantwortlich gemacht werden für die Steigerung und Belastung im Haushalt, so muss doch entschieden gefragt werden wo die Gründe liegen. Einmal an der Nichteinhaltung der Konnexität und schauen wir auf die sogenannten Hartz-Reformen, müssen wir feststellen, dass das genaue Gegenteil von dem eingetreten ist was versprochen wurde. Anstelle von Kostenersparnis und Hilfe für die Menschen erleben wir eine Kostenexplosion und Armut per Gesetz und somit ein Verbrechen an den Menschen.

Etliche Erwerbstätige, obwohl größtenteils sogar in Vollzeit berufstätig können von ihrem Lohn nicht ohne ergänzende Sozialleistungen leben. Werden Niedriglöhne aus Steuermitteln subventioniert, steigen auch die Soziallasten trotz einer zunehmenden Beschäftigung an, da sich zum Beispiel Leistungen für die Kosten der

Unterkunft erhöhen. Ziel ist es, dass Menschen für ihre Arbeit anständig bezahlt werden. Aus diesen Gründen werden wir die Prüfung zur Einführung einer kommunalen Niedriglohnabgabe stellen. Durch die kommunale Abgabe sollen Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich unattraktiv und öffentliche Kassen durch sinkende Sozillasten entlastet werden.

Wer nicht fähig ist, über andern getanes Unrecht zornig zu werden, der wird nicht für große Ordnung kämpfen können. Bertolt Brecht

Wieso sollten wir nun dem vorliegenden Haushalt zu stimmen? Die finanzielle Schiefelage ist nicht hausgemacht, wie ausführlich erläutert, jedoch die Ansätze aus eigener Kraft etwas entgegen zusetzen zu wenig. Erhöhung der Gewerbesteuer ist zwar ein richtiger Schritt, mit der Erhöhung der Grundsteuer B werden aber auch die belastet, die wenig haben. Mit welcher Begründung die Mehrheit die Erhöhung der Vergütungssteuer erklärt, die wir als Änderungsantrag im Haupt- und Finanzausschuss vorlegten und dort abgelehnt wurde erwarten wir mit Spannung. Als Opposition ist es unsere Aufgabe die Finger in die Wunden zu legen und nicht der Mehrheit einen bequemen Schlaf zuverschaffen. Mit dem Wohnraumversorgungskonzept, dem wir zustimmen werden, wird zwar ein Schritt in die richtige Richtung unternommen, jedoch diesen könnten wir schon längst haben. Im Juni 2011 haben wir bzw. damals ich, den Antrag zu einem "Sozialentwicklungsplan der Stadt Eschweiler" gestellt und wenn das Konzept Sinn machen soll werden genau diese Punkte aufgegriffen. Die Klagen über die Erhöhung der ÖPNV-Umlage sollten Anlass zur Diskussion sein wie ein Fahrscheinloser ÖPNV aussehen könnte für Eschweiler und in der Städteregion. Finanzierbar ist dies, doch die Bereitstellung der entsprechenden Infrastruktur stellt noch manches Problem dar. Mit dem Neuen Kommunalen Finanzsystem (NKF) soll Transparenz geschaffen werden und den Bürgern die Möglichkeit über Kennzahlen und Zielbeschreibungen sich aktiv an dem Haushalt beteiligen zu können. Wenn aber noch nicht einmal als Ratsvertreter die Möglichkeit besteht mit Hilfe dieser Kennzahlen und Zielbeschreibungen den Haushalt vernünftig lesen zu können, wie können wir dann mit gutem Gewissen diesem Haushalt zu stimmen?

Selbstverständlich sind wir bereit Verantwortung zu übernehmen und ggf. einen Haushalt mitzutragen, jedoch nicht im blinden Glauben. Die Wählerinnen und Wähler haben ihnen die Verantwortung übertragen und uns als ihr schlechtes Gewissen in den Rat entsandt.

Dem vorliegenden Haushalt können wir nicht zu stimmen.

"In Zeiten, da Täuschung und Lüge allgegenwärtig sind, ist das Aussprechen der Wahrheit ein revolutionärer Akt." George Orwell

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Albert Borchardt, Fraktionsvorsitzender, DIE LINKE. im Rat der Stadt Eschweiler
Dienstag, 16. Dezember 2013

Haushaltsrede zum HH 2015 Piratenpartei Eschweiler

Rudi E. Lennartz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren

Ich denke, mir wird niemand widersprechen, wenn ich feststelle, dass wir ohne Unterstützung des Landes, ggf. auch des Bundes, zukünftig nicht mehr in der Lage sein werden, die uns übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Ansonsten wird uns das Wenige, was wir „freiwillige Leistung“ nennen weiter beschnitten. Aber trotzdem sollten wir versuchen die freiwilligen Leistungen in den folgenden Haushaltsjahren nicht weiter zurücknehmen, oder wie es im Entwurf der Haushaltssatzung 2015 heißt: „... ergebniswirksamen freiwilligen Leistungen weiter restriktiv bewirtschaften“.

Ein Bundesleistungsgesetz, gemäß dem sich der Bund bei der Eingliederungshilfe angemessen beteiligt, muss dringend geschaffen werden – in der Koalitionsvereinbarung wurde es ja im Groben skizziert.

Bund und Land sind aufgefordert, wieder stärker ihrer Verantwortung für die Finanzierung der von ihnen geforderten und von oben verteilten sozialen Lasten gerecht zu werden!

Derjenige, der eine Dienstleistung bestellt, soll diese auch bezahlen

Die Piraten fordern verbindliche Regelungen zur Einhaltung des in der Landesverfassung verbrieften Konnexitätsprinzips. Es muss strikt verfolgt und eingehalten, statt permanent unterlaufen zu werden.

Verschärfend kommt auf uns demnächst eine erneute Erhöhung der Städteregionsumlage zu. Unter anderem hat die große Koalition von CDU und SPD im Landschaftsverband Rheinland (LVR) eine Umstrukturierung der Dezernate sowie die Schaffung einer zusätzlichen Dezernentenstelle beschlossen. Diese zusätzlichen Kosten wird man über die Landschaftsumlage auch in der Städteregion Aachen und damit auch in Eschweiler zu spüren bekommen.

Ich meine, dass bei der derzeitigen Haushaltslage Neueinstellung von Personal ein absolutes Tabu sein muss. Durch normale Fluktuation und altersbedingtes Ausscheiden frei werdende Stellen dürfen nur in absoluten Ausnahmen aufgrund ausdrücklicher Beschlüsse der politischen Gremien neu besetzt werden.

Es wäre von Vorteil, wenn tarifliche Personalkostenerhöhungen durch die Budgets der Dezernate aufgefangen werden müssen.

Damit kommen wir zwangsläufig zum Thema der sogenannten 'Standards'. Wo können diese in Zukunft noch liegen, um die betroffenen Menschen und Sachen qualitativ gut zu versorgen? Was sind für eine Kommune wirklich pflichtige Aufgaben? Oder ist die Erfüllung mancher Aufgaben einfach nur wünschenswert? Muss eine pflichtige Aufgabe wirklich auf dem derzeitigen Niveau erfüllt werden? Also: wo ist die Untergrenze eines Standards?

Eine wichtige Herausforderung wird die Umsetzung der „UN-Behindertenrechts-Konvention“, bzw. hier besser bekannt unter „UNO Resolution zur Inklusion“, also die Gleichstellung von

Behinderten mit Nichtbehinderten, sein. Dieser Prozess wird uns viel abverlangen und uns noch viele Jahre bis zum reibungslosen Funktionieren begleiten.

So dürfte bei guter und optimaler Betreuung kein Kind zurückgelassen werden. Das gilt es hier zu verwirklichen.

Die stark steigenden Kosten in der Jugendhilfe werden durch die Übernahme der Betreuung von „unbegleitenden Kindern und Jugendlichen“ weiter steigen. Zwar besteht die Absicht die Unterbringung und Verpflegung kostenneutral für uns zu halten - wenn man den Versicherungen der verschiedenen Beteiligten glauben darf, dies gilt jedoch nicht für die Personalkosten, die den Eschweiler Haushalt belasten werden.

Ein gelungener Spagat zwischen hoher Qualität und Finanzierbarkeit, wird das Kunststück der Zukunft sein.

Es ist festzuhalten, dass der hier vorgelegte Haushalt wegen fehlender korrigierender Maßnahmen gegenüber dem vorigen Haushalt keine Zustimmung bekommen kann. So werden wir noch lange im Haushaltssicherungskonzept verbleiben. Ich würde meiner Verantwortung als Kommunalpolitiker gegenüber der Eschweiler Bevölkerung nicht gerecht werden, wenn ich diesem Haushalt zustimmen würde.

Ihnen, Herr Bürgermeister, Herr Gödde und in Abwesenheit Herrn Knollmann - Herr Kaefer muss sich ja noch bewähren - sowie den Mitarbeitern der Verwaltung danke ich für die geleistete Arbeit zum Wohle der Eschweiler Bevölkerung.

Ich wünsche allen Anwesenden alles Gute für die Zukunft, ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Und zum Abschluss noch etwas von Marcus Tullius Cicero: Jucundi acti laboris, Übersetzt: angenehm sind die erledigten Aufgaben!